

# Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Montag ausserhalb. Der monatliche Preis beträgt 1,00 Reichsmark. Der halbjährliche Preis 5,00 Reichsmark. Der vierteljährliche Preis 2,50 Reichsmark. Der Einzelheftpreis 10 Pfennige. Die Anzeigen werden nach Rubrik und Zeilen berechnet. Die Rubrikpreise sind in der Preisliste angegeben. Die Rubrikpreise sind in der Preisliste angegeben. Die Rubrikpreise sind in der Preisliste angegeben.

## Neues in Kürze.

**Drachmungen und Radiotelegramme.**  
Graf Strassburg gab als Chef der neuen polnischen Regierung gestern die Regierungserklärung ab. Neben den üblichen Versprechungen über gleichmäßige Behandlung aller Parteien, auch der nationalen Minderheiten, war das Wichtigste die Erklärung, das Polen Streben zu sein, „niemals, enger, klarer und besser“ gemeint sein und das nicht die Absicht bestehe, „am Weltmarkt budget besondere Ersparnisse vorzunehmen“.

Die bevorstehende Reise Tschiflitzers nach Frankreich wird mit Brüssel und anderen Vorkriegspolitikern zusammenkommen. — Ob es ihm gelingt, den drohenden Krieg abzuwehren?

In Irland kam es über Fragen der Staatsbankrott an Private zu einem Misstrauensvotum gegen die Regierung; diese ist daraufhin zurückgetreten. Regierungsräte scheinen der Normalzustand im parlamentarischen Europa zu werden.

Gestern wurde von dem schwedischen Gelandten in Oslo und dem norwegischen Minister des Äußeren Atomtel ein Abkommen zwischen Schweden und Norwegen betreffend friedliche Schlichtung von gegenseitigen Streitigkeiten unterschrieben.

Die Londoner „Morningpost“ meldet, die britische Regierung hat die Reduzierung der englischen Rheinlandtruppen am 31. Dezember um ein Viertel des laufenden Personalbestandes angedeutet. Mit den Rücktransporten kann es technisch „Gründen“ (1) erst in den ersten Januar-Tagen „kommen werden“.

Vor der englischen Kohlenkommission erklärte der Generaldirektor Sir Daniel Stevenson, das Reparationsystem sei eine der Ursachen der englischen Kohlendepression. Ohne die Reparationen würde Deutschland seines Kohlenbedarfes weit weniger fähig produziert haben, und die Lage des englischen Handels würde gegenüber Frankreich und Italien erheblich beeinflusst. — Dann sollen sie doch auf Reparationen verzichten, denn wir deutschen haben doch erst recht keinen Vorteil davon.

Die Londoner „Daily Mail“ aus Rom meldet, das schottische Generalkomitee dem Ministerpräsidenten den Antrag unterbreitet, mit Rücksicht auf die außenpolitischen Gefahren für Italien (1) Verpf. nebenstehenden Ausschuss) in einem besonderen Gesetzentwurf die Wechselschuldung aller nicht militärisch eingetragenen Soldaten vom 16. bis 42. Jahre auszuprägen. Also Zinsdienstpflicht.

Der römische „Secolo“ erzählt aus Athen, daß die griechisch-bulgarischen Konflikte eine für Griechenland ungünstige Entscheidung getroffen habe.

Im Reichstagsauschuss für die Handelsverträge wurde der Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Italien gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen; die Deutschnationalen behielten sich die endgültige Stellungnahme bis zur Einseitigkeit ihrer Fraktion vor.

Wie die badische Presse mitteilt, werden Zentrum und Sozialdemokraten dem Landtag folgenden Kabinett vorschlagen: Trunt (Zentrum), Justizminister und zugleich Staatspräsident; Dr. Koehler, Finanzminister wie bisher; Kemmler (Soz.), Minister des Innern wie bisher und gleichzeitig provisorischer Unterrichtsminister. Staatsrat: Weisshaupt (Zentrum) und Mann (Soz.), beide bisher Staatsräte, und als dritter Staatsrat Walter-Helberger.

Der bayerische Kultusminister hat einem Studenten, der in Berlin und in Frankfurt Mitglied der dort bestehenden kommunistischen Studentengruppe gewesen war, eröffnet, daß seinem Ansuchen um Immatrikulation an der Münchener Universität nicht entsprochen werden kann, weil er Mitglied einer Partei sei, die den Umsturz des Staates betreibt.

Im österreichischen Kommunistenprozeß wurde nach letztjähriger Verurteilung in Leipzig das Urteil gefällt. Wegen Bergschens nach § 7 des Republikverstoßgesetzes, unbefugten Waffenbesitzes und Beeinträchtigung von Waffenlagern wurden Verurteilung zu drei Jahren, Bergschens und Nag zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

„Schaffen auch eine rote Provinz werden.“ schreibt der hiesige kommunistische „Klassenkampf“ als Überschrift über keine ganz gelungene Seite, die sie es nach den Wahlen vom 20. unter ganz Provinz rot zu überstreichen gedankt. Gehen Sie zur Wahl und wählen Sie den Urwahnschloß, wenn Sie eine neue Provinz vermeiden wollen!

## In letzter Stunde!

### Partei oder Volk? — Kriegsfeuer im Orient. — „Zeit lassen!“

Die Locarnoverträge sind nach neuerlicher Gewohnheit aus dem Gebiet der Außenpolitik aus dem Gebiet der Innenpolitik verdrängt worden. Innerhalb der Reichsparteien ist es jetzt so, daß der Anhänger der Locarnoverträge als Gegner der Deutschnationalen und Völkischen, der Gegner der Locarnoverträge als Gegner der Volkspartei angesehen wird.

Zur Wahrung wirklich außenpolitischer, d. h. überparteilicher Betrachtung ist in letzter Stunde auf folgendes hingewiesen:

Der einzige unabhängige Sozialist Reichstagsabgeordneter der heute die große außenpolitische Autorität der Sozialdemokraten ist, schrieb am 4. November im „Vorwärts“, dem offiziellen Parteiorgan:

„Wenn wir Sozialdemokraten mit einem solchen Vertrag nach Hause gekommen wären, ob wir wären ja gar nicht nach Hause gekommen, hätte man uns Landesverräter genannt.“

Die „Rheinische Zeitung“, die allgemein als völkerechtliches Organ gilt und das politisch bedeutendste Blatt des Reiches, hat die Locarnoverträge besonders maßgebend Rheinbundes, schrieb am 22. November in Verfolg seiner bisherigen konsequenten Ablehnung der Verträge:

„Dann treiben gewiß diejenigen ein leichtfertiges Spiel, die in einer Bureaukratie und aus parteipolitischen Erwägungen die Annahme des Vertragsentwurfs, die unterschreibt in London und den Eintritt in den Völkerbund propagieren.“

Auch auf die bisherige, die Ablehnung nur verheißerliche Haltung der größten grundständig völkerechtlichen Zeitung Deutschlands, der „Völkischer Nachrichten“, sei hingewiesen. „Völkischer Nachrichten“ hat die ablehnende Haltung der Völkischen Partei, die bisher leinestwegs als rechts von der Volkspartei (sich) angesehen wurde, sowie die ganz entscheidende Ablehnung der Locarnoverträge durch die Nationalistische Bewegung, in der bisherige Führer der Deutschnationalen Partei, wie der Völkische Professor Dr. Brandt-Sera und der Völkische a. D. Schiller, den als Protest gegen Locarno eingeleitet freiwilligen Austritt des Justizministers Franken aus dem Reichskabinett hingewiesen werden. Denn Schiller ist kein jugendliche Phantast, sondern ein alter, als Jurist allseitig hochangesehener Beamter, der das Rheinland von Geburt und Erbschaft angehört aus seiner Tätigkeit als dritter Unterstaatssekretär kennt.

Bei Dr. Franken, bei Professor Gerland und Dr. Schiller, bei dem Führer der Völkischen Partei Professor Dr. Brandt ist nach jeder, die bisher leinestwegs sachkundiges Studium der einzelnen Bestimmungen der Verträge die Unterlage für ihre Stellungnahme abgegeben hat. Doch dagegen auch nur alle Abgeordneten, die jetzt aus Parteipolitik mit ihrer Völkerei für Locarno stimmen, die die Verträge wirklich durchaus feindlich mit eigenen Bemühen“ und überhaupt die zum klaren Bewußtsein unentbehrliche juristische Schulung haben, wird niemand annehmen, der nur einen Blick in das Sammelraster abseheht und mit lauteleiend und Verhöhnungen überlasteter Abgeordneten getan hat.

So bitter das klingt, man muß dem überwiegen Teil unserer Abgeordneten die Kompetenz für die wirklich sachliche Stellungnahme zu den Locarnoverträgen durchaus absprechen. Als treue Diener der Partei können sie, wie die Parteimehrheit stimmt, und diese stimmt wie der Parteiführer. Noch viel weniger mit dem Inhalt und der Bedeutung der Verträge vertraut kann naturgemäß die ganz überzahlreiche Mehrzahl der Parteianhängerin im Lande sein.

Gerade deshalb haben die Stimmen derer, die sich wie die oben Genannten von der Parteieinflussung freipalten und auf Grund eigenen Studiums ihre eigene Meinung bilden und wahren, besonderes Gewicht.

Wohin bedeutungsvoll sind die nicht von Parteipolitik beeinflussten Auslegungen, die die fremden Staatsmänner und die öffentlichen oder halböffentlichen Regierungsorgane, wie der

## Ewiger Frieden und ewige Kriegsbereitschaft.

Von einem Freunde wird uns geschrieben:

„Mit dem Frieden „und“ richtig? Mit dem nicht ein „Entweder“ oder? Nein, weder der eine, es ist nicht so gemeint, daß die Welt hier oben Erbe ist nun einmal kein Friede ohne etwas, das ihn stützt, nämlich Kriegsbereitschaft; — und auch der ewige Friede wäre nicht zu haben ohne ewige Kriegsbereitschaft. Dieses wunderbare Problem tut sich jetzt vor dem erstaunt deutschen Volke auf.“

In der großen Reichstagsdebatte über Locarno ging das Redebüchel zwischen den beiden Hauptlinien über die Auslegung des § 16, wonach Deutschland, wenn es durch das Fortdauern des Friedens in den Völkerbund eintritt, zu militärischen und finanziellen Handlungen im Konfliktfall auch einen Völkerbundsbeitrag verpflichtet werden kann.

Erfolgreich! Also so leicht der neue Völkerfrieden für Deutschland zu gewinnen ist! — aber wenn fremde Mächte ihn befehlen. Unsere Söhne haben also weiterhin die Verpflichtung, ihr Blut einzusetzen, — aber nicht, wenn das Vaterland ruft, sondern wenn der Völkerbundsrat ruft. Das ist auch die ganz selbstverständliche Lösung des Eintrittes in einen Völkerbund. —

Frieden gibt es nicht ohne Kriegsbereitschaft. Wir reden nicht davon, daß sich nämlich 7 Jahren der Völkerbundfrieden für viele deutsche Söhne gegen früher vererbte Kriegsbereitschaft bezieht; — aber nicht unter dem Namen, sondern unter französischen, österreichischen, polnischen, — Kriegsbereitschaft für Marocco oder Serbien. Schlimmer noch: — Das Ergreifen an Kanonen und Maschinengewehren in französischen, polnischen, österreichischen Kanonen kann nur den einen Sinn haben, der Kriegsbereitschaft gegen das eigene Vaterland. Hieron dürfen wir nur im Stillen trauern reden, — nicht aber wie ein großes Volk und Diplomat in den großen internationalen Gesellschaften, die nicht unter dem Namen des Friedensbrecher und die allgemeine Kriegsbereitschaft wieder gegen uns wirksam werden. Dieser Meinung waren jedenfalls unsere Diplomaten und Staatsmänner, als sie in Locarno waren, und sie nicht die Bedingung des Völkerbundsbeitrags, und vielleicht haben sie mit diesem Völkerbundsbeitrag recht.

In der gestrigen Reichstagsdebatte drehte es sich um die Auslegung des Artikels 16. Das ist um die militärische und finanzielle Kriegsbereitschaft der deutschen Bevölkerung. Die Centristen haben uns in Locarno verführt, daß nach ihrer Auslegung der Artikel 16 so zu verstehen ist, daß:

„Jedes der Mitglieder des Bundes gehalten ist, seine Soldaten und wirksam militärbedient, um der Erhaltung Achtung zu verschaffen und um jeden Angriffshandlung entgegenzutreten in einem Maße, das mit seiner militärischen Lage verträglich ist und das seiner geographischen Lage Rechnung trägt.“

Diesigen unserer armen Staatsmänner, welche im Kabinett geblieben sind, und welche vom Geist von Locarno verführt, in weiterem in diesen Satz ein „nur“ hinein. Der Herr Reichstagsabgeordneter sagt:

„Diese Erklärung stellt fest, daß Deutschland zur Beteiligung nur insofern verpflichtet ist, als dies mit seiner militärischen und geographischen Lage verträglich ist.“

Er sagt ferner:

„Dieser Satz ist nicht an, daß ich aus Art. 16 „eine Gefahren“ für Deutschland ersehe.“

Er gibt also seiner Erklärung einen einträchtigen Sinn. Man kann ebensogut einen bekräftigenden, affirmativen Sinn aus ihr herauslesen, wodurch die Verpflichtungen Deutschlands im Sinne des Artikels 16 bekräftigt werden. Aber wenn der Geist von Locarno erfüllt ist, sieht die Dinge anders. Er malt sich die Möglichkeit eines moskowitzischen-totenwordenen Liebes oder Völen aus und fragt sich, wie dann wohl die „Auslegung des Artikels 16 lauten wird, und wie es wohl Deutschland machen wird, in einem solchen Fall sich der anderen Auslegung des Art. 16 zu widersetzen und einen Durchbruch durch deutsches Land „nicht zu dulden“, wie der Herr Außenminister sagt.

Der Herr Reichstagsabgeordneter und der Herr Reichstagsabgeordneter geben ihre Deutung von der Reichstagsdebatte an und nehmen, wenn kein Widerspruch erfolgt, das Einverständnis der anderen Großmächte an. Wir würden es lieber geben haben, daß diese Deutungen vor der Paraphierung in Locarno noch etwas weiter geklärt worden wäre.

Uebrigens hat die geographische Lage Deutschlands (womit in lauteleiendiger Vergessenheit, wie auch in der Zukunft die Eisenbahn, als es nicht, wo Deutschland sich nach seinem Wunsch dem Völkerbund nicht von vornherein auszuscheiden oder vielleicht nach der Meinung der anderen „Europäer“ wäre. Das läßt sich bei ihm nie ausmachen. Er folge ist, daß der Konfliktfall, von welchem der Herr Außenminister spricht, wo Deutschland sich nach seinem Wunsch neutral verhalten könnte, der internationalen Lösung ist. Das Völkerbundsrecht ist, daß Deutschland nicht oder passiv von vornherein beteiligt ist. Es wird Deutschland kaum möglich sein, bei

## Der Geist von Locarno!

Das „Pariser Journal“ meldet, daß der Landesverleumdungsrat, der dem Kriegsministerium beigeordnet ist, am Montag einmütig sein Gutachten abgab, eine genaue Nachprüfung der Kriegsgeheimnisse durch französische Kriegsgerichte abzugeben hat. — Der „Geist von Paris“ (Pariser Journal) meldet: Durch die Rückvergabe der französischen Truppen werden vom 1. bis 31. Dezember die Garationen der 2. und 3. Armee um generell 40 Prozent gekürzt. — Die in Lizey ist in Mainz und Kreuznach eine Karte Neubewegung mit französischen Truppen erfolgt. In Mainz sind zunächst Unterbringungsstände für vier neue französische Bataillone, in Kreuznach für drei Bataillone angeordnet. Mainz hat außerdem 10 Bataillone wohnen am 15. Dezember bereitgestellt.

Als Befehlung Rins an Kosten der übrigen beletzten Gebiete. Der „Geist von Locarno“

## Herriot mit Kabinettsbildung beauftragt.

Der bisherige französische Ministerpräsident Herriot hat den Auftrag zur Kabinettsbildung erhalten. Der Präsident der Republik Doumergue hat Herriot mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Die sozialistische-republikanische Kammerfraktion (Gautin-Briand) hat sich mit der Bildung einer Regierung des Artels der Linken einverstanden erklärt, ebenso die Radikalen. Die demotischen Fraktionen wenden sich gegen die Sozialisten, da diese eine Regierung der renouvierten Division bilden wollen. Die Kommunisten sind zur Zusammenarbeit mit den Sozialisten bereit.

Die entscheidende Frage ist, ob die bis zur Stiebtische gestiegene Spannung sich nicht durch einen Putsch der Nationalisten auslöst.

## Der Geist von Locarno!

Das „Pariser Journal“ meldet, daß der Landesverleumdungsrat, der dem Kriegsministerium beigeordnet ist, am Montag einmütig sein Gutachten abgab, eine genaue Nachprüfung der Kriegsgeheimnisse durch französische Kriegsgerichte abzugeben hat. — Der „Geist von Paris“ (Pariser Journal) meldet: Durch die Rückvergabe der französischen Truppen werden vom 1. bis 31. Dezember die Garationen der 2. und 3. Armee um generell 40 Prozent gekürzt. — Die in Lizey ist in Mainz und Kreuznach eine Karte Neubewegung mit französischen Truppen erfolgt. In Mainz sind zunächst Unterbringungsstände für vier neue französische Bataillone, in Kreuznach für drei Bataillone angeordnet. Mainz hat außerdem 10 Bataillone wohnen am 15. Dezember bereitgestellt.

Als Befehlung Rins an Kosten der übrigen beletzten Gebiete. Der „Geist von Locarno“

## Herriot mit Kabinettsbildung beauftragt.

Der bisherige französische Ministerpräsident Herriot hat den Auftrag zur Kabinettsbildung erhalten. Der Präsident der Republik Doumergue hat Herriot mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Die sozialistische-republikanische Kammerfraktion (Gautin-Briand) hat sich mit der Bildung einer Regierung des Artels der Linken einverstanden erklärt, ebenso die Radikalen. Die demotischen Fraktionen wenden sich gegen die Sozialisten, da diese eine Regierung der renouvierten Division bilden wollen. Die Kommunisten sind zur Zusammenarbeit mit den Sozialisten bereit.

Die entscheidende Frage ist, ob die bis zur Stiebtische gestiegene Spannung sich nicht durch einen Putsch der Nationalisten auslöst.



